

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	10 (1918)
<b>Heft:</b>	9
<b>Rubrik:</b>	Volkswirtschaft

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 1532 Stunden pro Woche erlangten 936 Arbeiter, pro Teilnehmer durchschnittlich 1,7 Stunden. Ferien wurden in sechs Betrieben für 187 Arbeiter eingeführt, die Durchschnittsdauer beträgt 5,6 Tage.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen inklusive dem vorhandenen Kassasaldo von 18,580 Fr. 62,721 Franken, die Ausgaben 23,055 Fr., darunter 5676 Fr. an Unterstützungen.

**Steinarbeiter.** Eine Uebersicht über die Bewegungen des II. Quartals ergibt die Zahl von 29, an denen sich 1377 Mann beteiligten. Alle Bewegungen, von denen zwei zu Streiks führten, endeten mit Lohnerhöhungen, und zwar zwei mit 40 %, fünf mit 30 %, zwei mit 25 %, vier mit 20 %, sechs mit 15 %, acht mit 10 % und zwei mit 5 %. Die derzeitigen Löhne betragen für Steinhauer Fr. 1.20 bis Fr. 1.55 pro Stunde, für Marmorarbeiter 90 Cts. bis Fr. 1.35.

Neuaufnahmen waren 426, fünf neue Sektionen konnten gegründet werden.

**Textilarbeiter.** Nach fünfwochiger Dauer konnte der Streik bei der Firma *Fischer* in Bern beendet werden. Es wurden Lohnerhöhungen von 5 bis 10 Cts. pro Stunde und eine wöchentliche Teuerungszulage von Fr. 7.50 gewährt. Indessen wurden aus den bekannten technischen Gründen acht Arbeiter nicht mehr eingestellt. — In *Wangen* (Schwyz) wurde nach siebentägigem Streik eine einheitliche Teuerungszulage von zehn Prozent für alle Arbeiter erreicht, die ab 1. Oktober 1918 um weitere zehn Prozent erhöht werden muss. Die Arbeitszeit wird von 59 auf 57 Stunden pro Woche verkürzt.



## Volkswirtschaft.

**Eidgenössische Notstandskommission.** Nach einer Pause von drei Monaten kam am 17. August die Notstandskommission zu einer Sitzung zusammen. Der Präsident gab Bericht über die Kartoffelversorgung, die, trotzdem nicht alle Forderungen akzeptiert worden sind, besser funktionieren sollte als letztes Jahr. (Bisher merkt man davon allerdings nicht viel.) Er erwähnte ferner den Erlass der Mieterverordnung, die Aktion für die Arbeitslosenfürsorge, die Volksschuhangelegenheit, die Errichtung des Ernährungsamtes, die Errichtung von Volksküchen usw. Die zweite Serie von 100,000 Paar Volkschuhnen sei in Auftrag gegeben. Sie werden um 6 bis 8 Prozent teurer als die erste Serie. Bemängelt wurde, dass den Anträgen der Notstandskommission so wenig Rechnung getragen wird. So gerade in bezug auf die billige Lieferung von Volksschuhen an die Minderbemittelten.

Oberst Zuber erstattete Bericht über die Versorgung mit Monopolartikeln. Die Brotversorgung könne im bisherigen Umfang bis März 1919 als gesichert gelten. Auch Reis sei noch vorhanden. Ueber den Zuckerverbrauch gab er folgende Ziffern bekannt: Haushalt 3600 Wagen, Schokolade 2500 Wagen, Konfiserien 400 Wagen, Einmachzucker 1600 Wagen, Volkskonfitüren 150 Wagen, Bienenzucker 160 Wagen, für Wein 90 Wagen pro Jahr. Der Vorrat betrage 2600 Wagen, unterwegs seien 1900 Wagen. Sehr schlimm stehe es mit der Haferversorgung.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über die Herstellung einer Volksschokolade. Von Herrn Oberst Zuber wurde auf das Muster der Militärschokolade verwiesen, die sehr gehaltreich sei. Es wurde beschlossen, den Bundesrat zu ersuchen, unverzüglich mit den Interessenten in Verbindung zu treten, um die Herstellung einer guten und billigen Schokolade zu ermöglichen.

Ein Vertreter der Abteilung Bekleidungsindustrie erstattete Bericht über die Verhältnisse in der Textilbranche, die zum Teil ausserordentlich kritisch sind. Zur Versor-

gung der Bevölkerung mit Kleidern soll ein Posten Einheitstuch von 1 Million Meter hergestellt werden, was etwa 300,000 Anzüge ergeben würde.

In der Diskussion wurden die Verhältnisse auf dem Kleidermarkt einer Kritik unterzogen und Abhilfe verlangt.

Ueber die Massnahmen gegen die Wohnungsnot ist an anderer Stelle des Blattes berichtet.

Der Vertreter des Städteverbandes machte Mitteilung von krasser Ueberschreitung der Holzhöchstpreise. Es wurde beschlossen, dem Bundesrat zu beantragen, die in Aussicht genommene Erhöhung der Höchstpreise abzulehnen.

**Beiträge für Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.** Solche Beiträge werden vom Bund verabfolgt: An Kantone, an Produktivgenossenschaften mit gemeinnützigem Charakter, an Gemeinden und lokale Organisationen mit gemeinnützigem Charakter, im Betrag von höchstens 25 Prozent der Anschaffungskosten.

**Brennstoffversorgung.** In einem Bundesratsbeschluss vom 17. Juli 1918 ist diese Materie neu geregelt. Für die Arbeiter ist hierbei zu beachten: Die Kohlenhändler haben für die Kohlevorräte, die am 31. Mai sich in ihren Lagern befanden, also zum alten Preis geliefert wurden, 90 Prozent der Preisdifferenz dem Bunde abzuliefern. Ferner erhält die Schweiz für die während der Vertragsdauer gelieferten Kohlen aus Deutschland eine monatliche Rückvergütung von etwa 2 Millionen Franken.

Diese Beiträge werden den Kantsregierungen zugewiesen und es sollen dieselben für die Verbilligung der Hausbrandkohlen verwendet werden, wobei die Preisreduktion für die Minderbemittelten mindestens 60 Fr. pro Tonne betragen soll.

Die Zuteilung von Kohlen soll nach dem Normalverbrauch geschehen. Die Kantone sind verpflichtet, hierbei andere Brennstoffe, wie Holz, Torf usw., in die Rationierung einzubeziehen.



## Ausland.

**Italien.** Anfang Mai fand in Mailand der Kongress des italienischen Gewerkschaftsbundes statt. Vertreten waren 143,348 organisierte Arbeiter. Sowohl die Anschlüsse von Verbänden an die Zentrale wie auch die Eintritte von Arbeitern in ihre Berufsorganisationen haben bemerkenswert zugenommen. Auch im Süden Italiens ist es nunmehr gelungen, Boden zu fassen. In Neapel hat der Landarbeiterverband ein besonderes Sekretariat errichtet, das bereits gute Arbeit im Interesse der Landarbeiter leisten konnte.

Bei dem Punkte der Tagesordnung «Für die politische und gewerkschaftliche Freiheit» wurden von den Vertretern der verschiedenen Berufe und Gegenden die Verfolgungen zur Sprache gebracht, denen die Gewerkschaften in der letzten Zeit ausgesetzt waren. Die hierzu angenommene Resolution ist von der Zensur fast vollständig unterdrückt worden.

Zur Frage der «Sozialversicherung» sprach D'Aragona; er verlangte die Einführung von Versicherungen bei Krankheit, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit. Die weitere Hinausschiebung dieser Versicherungseinrichtungen bezeichnete er als eine blinde Unverantwortlichkeit, die den sozialen Verhältnissen des Landes und den Interessen der einzelnen Arbeiter gefährlich sei. Es wurde eine Studienkommission eingesetzt, die weitere Vorschläge auszuarbeiten hat.

In seinem Vortrage über «Internationale Gesetzgebung» bedauerte Rigola die Verweigerung der Pässe für Bern und schliesst sich den Forderungen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz an. Er schlägt vor,